

Prof. Klaus Buchner:
**„Industrielle Landwirtschaft ist wesentliche Brutstätte
für antibiotikaresistente Keime“**

Über die Gefahren der Massentierhaltung und die steigende Zahl von Antibiotikaresistenzen sprach Prof. Dr. Klaus Buchner, Mitglied des Europäischen Parlaments für die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP), bei seinem Vortrag in Kassel am 6. Oktober 2018 im Rahmen des Attac-Kongresses „Ein anderes Europa ist möglich“.

So führt die breite Anwendung von Antibiotika in der industriellen Landwirtschaft zu einer steigenden Zahl von multiresistenten Keimen, den sogenannten Krankenhauskeimen (MRSA – Methicillin resistenter Staphylococcus aureus). „Multiresistente Keime aus der Landwirtschaft werden in Besorgnis erregendem Ausmaß auf den Menschen übertragen. Dadurch werden unsere Antibiotika zunehmend wirkungslos“, so Prof. Buchner.

Jedes Jahr sterben weltweit – in steigendem Maße – Menschen an Infektionen, weil Antibiotika nicht mehr wirken. Wenn gegen diesen Umstand nicht schnellstens etwa unternommen wird, könnten nach einer Studie des Universitätsklinikums Berliner Charité im Jahr 2050 weltweit mehr Menschen an Antibiotikaresistenzen sterben als an Krebs.

„In der Massentierhaltung werden große Mengen Antibiotika vorbeugend eingesetzt. Wegen der nicht artgerechten Tierhaltung würden die Tiere ansonsten krank werden. Die dadurch entstehenden multiresistenten Keime gelangen über die Gülle auf die Felder und damit auch ins Grundwasser“, klärt der ÖDP-Politiker auf. Ein Mensch, der mit dem Keim besiedelt ist, zeigt in der Regel keine Krankheitssymptome. Überträgt er jedoch diesen Keim auf einen kranken oder geschwächten Menschen (überwiegend im Krankenhaus oder anderen medizinischen Einrichtungen), führen solche Infektionen immer häufiger zu Multiorganversagen mit Todesfolge.

Doch die verantwortlichen Politiker verschließen die Augen und unternehmen viel zu wenig. Viele aus Ahnungslosigkeit, viele vor allem aus Gründen des wirtschaftlichen Profits in ihrer Region und aus Sorge um die Arbeitsplätze. „Mitteilungen, nach denen der Antibiotikaeinsatz in der Landwirtschaft verringert wurde, sind irreführend. Es werden von den Tierärzten zwar geringfügig weniger Tonnen Antibiotika verschrieben, dafür setzen sie nun aber hochwirksame Breitband-Antibiotika ein, welche viel stärker wirken“, so der Europaabgeordnete.

Prof. Buchner weist darauf hin, dass durch die geplanten Freihandelsabkommen wie CETA weitere Millionen Tonnen billiges Massenfleisch aus industrialisierter Tierhaltung auf den europäischen Markt kämen. Wie die Enthüllungen der Verhandlungspapiere zeigen, soll auch Gen- und Hormonfleisch in die EU exportiert werden.

Der ÖDP-Politiker fordert stattdessen ein Umdenken in Politik und Gesellschaft. „Wir müssen wegkommen von der industriellen Landwirtschaft. Als Sofortmaßnahme fordere ich ein Verbot von Reserve-Antibiotika in der Landwirtschaft, außerdem muss untersagt werden, dass Medikamente an gesunde Tiere verabreicht werden. Stattdessen muss man zurückkehren zu einer artgerechten Tierhaltung auf Weiden. Die Förderung von Großmastanlagen muss eingestellt werden, letztendlich müssen wir die Abschaffung der Massentierhaltung anstreben, indem man eine verbindliche Festlegung der Agrarfläche pro Tier festschreibt.“

Prof. Dr. Klaus Buchner war von 2003 bis 2010 Bundesvorsitzender der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Bei der Europawahl im Mai 2014 wurde der Münchner ins Europäische Parlament gewählt. Er ist dort Mitglied der Fraktion Grüne/Europäische Freie Allianz.

**Prof. Dr. Klaus Buchner:
„Diktatur der Märkte: Aufbruch in die sozio-ökologische Wende“,
Tectum Verlag Baden-Baden**

Prof. Dr. Klaus Buchner wurde im Mai 2014 als erster ÖDP-Politiker überhaupt als Abgeordneter ins Europäische Parlament gewählt. Zu verdanken ist dies der vom Bundesverfassungsgericht dekretierten Abschaffung zunächst der Fünf-, dann der Drei-Prozent-Hürde bei Europawahlen. Klaus Buchner war einer der engagiertesten Kämpfer gegen diese Hürde, die den Wählerwillen verzerrt und deshalb undemokratisch ist.

Buchner war und ist seit seinem Eintritt in die ÖDP im Jahr 1983 ein Vorkämpfer für eine ökologische, demokratische und gerechte Welt. Er hat innerhalb der ÖDP diese Werte in vielfältigen Funktionen immer wieder verfochten, ob als Bundesvorsitzender, Landesvorsitzender in Berlin, als Vorsitzender des Bundesschiedsgerichts und der Programmkommission, ob als Kandidat für Landtage, den Bundestag oder das Europäische Parlament.

Als Mann der guten Schreibe hat er auch immer wieder zur Feder gegriffen, um seine Positionen zu erläutern. Etwa in Artikeln in der Parteizeitschrift „Ökologie Politik“ oder in seinem Buch „Unser Land unterm Hammer: Wer regiert uns wirklich?“, das im Jahr 2012 erschienen ist. Am 10. September erscheint mit dem Titel „Die Diktatur der Märkte. Aufbruch zu einer sozio-ökologischen Wende“ im Tectum-Verlag das neueste Buch des EU-Abgeordneten. Darin packt der Europaabgeordnete erneut seine ganze Wut über die Exzesse des globalen Neoliberalismus, die unsere Welt an den Abgrund gebracht haben. Doch es ist nicht nur eine Abrechnung mit gierigen Wirtschaftsvertretern, die mit willfähriger Unterstützung der Politik Geschäft auf Kosten des Gemeinwohls und der Umwelt betreiben, sondern enthält auch Lösungsansätze, wie Handel fairer betrieben werden könnte, ohne dass Milliarden Menschen in Armut leben und unsere ökologischen Grundlagen zerstört werden. Insbesondere der Handelspolitik räumt Buchner deshalb einen wichtigen Platz ein. Nicht von ungefähr: Im Europäischen Parlament ist er stellvertretendes Mitglied im für die Handelspolitik zuständigen Ausschuss für Internationalen Handel. Doch Buchner legt dar, wie die vom Volk gewählten Abgeordneten etwa bei TTIP größtenteils von den Verhandlungen ausgeschlossen wurden, während die Vertreter der Konzerne laufend Kontakt mit der EU-Delegation hatten. So fanden 92 Prozent der Lobby-Kontakte der Europäischen Kommission mit Wirtschaftsvertretern statt, aber nur vier Prozent mit Vertretern öffentlicher Interessen. Nur einige Europaabgeordnete durften die Verhandlungstexte in einem Leseraum einsehen, doch durften sie sich nur handschriftliche Notizen machen und mussten sich zu strengem Stillschweigen verpflichten. Bei den Verhandlungen über Handelsabkommen mit anderen Ländern war das Prozedere ähnlich.

Dazu kommt eine systematische Übertreibung des durch die Freihandelsabkommen behaupteten Wachstums durch deren Befürworter. Buchner zitiert den Nobelpreisträger Joseph E. Stiglitz, der das zusätzliche, durch Handelsabkommen bedingte Wachstum mit beinahe Null angibt. Gleichzeitig würde aber die Ungleichheit in den Gesellschaften zunehmen, weil die Abkommen auf die Interessen der multinationalen Konzerne zugeschnitten sind.

Buchner beschreibt zusätzlich den Druck auf die Umwelt- und Sozialgesetze, das Aufweichen des Vorsorgeprinzips sowie die Einrichtung einer Paralleljustiz – den sogenannten Schiedsgerichten – als Gefahren.

Buchner formuliert im Buch zehn Regeln für Handelsverträge, um die Auswüchse der derzeitigen Handelspolitik zu unterbinden. Dazu zählt etwa eine größere Transparenz bei den Verhandlungen und mehr Zeit für die Parlamentarier, sich in die komplexen Gesetzestexte einzuarbeiten. Die Interessen der Menschen aus Ländern des globalen Südens müssen besser geschützt werden, etwa indem die Spekulation mit Nahrungsmitteln verboten wird. Warenlieferungen sowie Maßnahmen, die die soziale Lage der betroffenen Bevölkerung verschlechtern, zu Menschenrechtsverletzungen führen oder die Umwelt erheblich schädigen, müssen unterbunden werden. Mit Nachdruck verwahrt sich Buchner gegen Sonderklagerechte für Investoren. Man würde sich wünschen, dass die für die EU-Handelspolitik zuständige Kommissarin Cecilia Malmström diese zehn Regeln über ihrem Schreibtisch aufhängt und jeden Tag einen Blick drauf wirft.

Gemäß dem Wahlspruch der ÖDP „Ja zu Europa, aber...“ aus dem Europawahlkampf 2014 bezeugt Buchner seinen Respekt vor dem großen Friedenprojekt Europäische Union, aber er zeigt sich besorgt über deren mangelnde demokratische Ausrichtung. Dabei ist nicht nur das übergroße Gewicht der Konzerne samt ihrer Tausenden Lobbyisten in Brüssel gemeint, sondern auch die mangelhafte institutionelle Ausgewogenheit der EU. Im Kapitel „Wie kann die EU demokratischer werden?“ macht Buchner konkrete Vorschläge zum Abbau des Demokratiedefizits. Er bemängelt, dass die EU-Kommission nicht vom Volk gewählt wird. Der Kommissionspräsident muss zwar vom EU-Parlament bestätigt werden, aber das gilt nicht für einzelne Kommissare. Die Kommission kann nur als Ganzes entweder abgelehnt oder bestätigt werden. Neben der Wahl der Kommission durch das Volk schlägt Buchner auch eine Reform des Europäischen Parlaments vor, bei der es künftig ein Zwei-Kammern-System wie in Deutschland geben sollte. Eine Kammer wäre wie bisher das Europäische Parlament, bei dem aber, anders als bislang, jede Stimme gleich viel zählt. Bislang haben die kleineren Länder ein überproportionales Gewicht. Damit aber kleinere Länder nicht an den Rand gedrängt werden, sollte es eine zweite Kammer geben, die mit dem deutschen Bundesrat vergleichbar wäre.

Trotz allem zeigt sich er Europaabgeordnete nicht als Pessimist. Buchner zitiert im Kapitel „Was tun?“ den früheren Umweltminister Klaus Töpfer mit dem Satz „Die Lage ist zu ernst, als dass man pessimistisch sein dürfte“. Buchner verweist auf den wachsenden Widerstand gegen die neoliberalen Praktiken. Immerhin sind in Deutschland an einem Tag mehr als 300.000 Menschen gegen CETA und TTIP auf die Straße gegangen. Ein wichtiger Punkt ist für Buchner die Unabhängigkeit der Parteien von Geldern aus der Wirtschaft, die derzeit nicht gegeben ist. Er verlangt

deshalb ein Verbot von Firmenspenden und Sponsoring. Hier geht die ÖDP ja mit gutem Beispiel voran, da sie keine Spenden von Konzernen annimmt. Darüber hinaus muss die Rolle von kleinen Parteien gestärkt werden. Neben der Abschaffung der Fünf-Prozent-Hürde bei Bundestagswahlen schwebt Buchner ein Wahlsystem vor, in dem der Wähler drei Bewertungen zu jeder Partei abgeben kann, je nachdem, wie stark oder schwach die Ablehnung zu der jeweiligen Partei ist. Dadurch würde das politische

Spektrum bunter, kleinere Parteien hätten bessere Chancen, und es wäre nicht mehr so leicht möglich, allein durch Spenden an eine oder zwei Parteien das Wahlergebnis zu beeinflussen.

Und zu guter Letzt betont Buchner die wichtige Rolle von bundes- und europaweiten Volksentscheiden für die Weiterentwicklung der Demokratie. So kann man künftig der Politikverdrossenheit entgegenwirken und den Einfluss der neoliberalen Wirtschaft einschränken.

Agrarwende jetzt!

Vor zwei Jahren hat der EU-Abgeordnete Prof. Dr. Klaus Buchner die Kampagne „Klaus graust's“ vor industrieller Massentierhaltung und multiresistenten Keimen ins Leben gerufen. Durch die hohe vorbeugende Verabreichung von Antibiotika an ganze Tiergruppen werden multiresistente Keime geradezu gezüchtet. Dadurch werden Antibiotika auch in der Humanmedizin zunehmend wirkungslos. Dringend brauchen wir eine drastische Reduzierung und Kontrolle der Antibiotikavergaben in der Massentierhaltung.

In meiner Kampagne „Agrarwende-jetzt!“ fordere ich ein einheitliches, für alle EU-Staaten verbindliches Siegel für alle Tierprodukte. Fleisch muss so gekennzeichnet werden, dass Verbraucherinnen und Verbraucher auf den ersten Blick sehen, wo das Fleisch herkommt, ob die Tiere mit Antibiotika behandelt werden und welches Futter sie bekommen haben. Nur so kann man sich aktiv und mündig für bessere Lebensbedingungen der Tiere entscheiden und den Markt mitbestimmen.

Die bisherigen Vorschriften hinken der Realität in der industriellen Tierhaltung hinterher, es fehlt an gesetzlichen Regelungen und Kontrollen. Fakt ist, in der industriellen Massentierhaltung werden in den meisten EU-Ländern und leider auch in Deutschland, nach wie vor extrem große Mengen an Antibiotika eingesetzt. Sogar die lebenswichtigen und hochpotenten Reserveantibiotika, welche Schwerstkranken in den Kliniken vorbehalten sein müssen, werden in der industriellen Tierproduktion eingesetzt. Auch gesunde Tiere erhalten vorbeugend Antibiotika, was nachweislich zu einer steigenden Anzahl von multiresistenten Keimen geführt hat. In nordischen Ländern, z.B. Schweden ist die routinemäßige Vergabe von Antibiotika an ganze Tiergruppen verboten, hier werden Tiere individuell therapiert.

Doch anstatt eine Agrarwende einzuleiten, welche die katastrophalen Missstände endlich beseitigt, macht das Bundeslandwirtschaftsministerium Werbung für ein neues „Tierwohl-Label“. Dieses sog. Tierwohllabel liegt aber bei der Eingangsstufe kaum

über den bisherigen gesetzlichen Mindestanforderungen. Essentielle Informationen über Antibiotika-Behandlung in der Tiermast und Herbizid-behandeltes Genfutter aus Monokulturen finden keinerlei Erwähnung. Dies ist skandalös und eine Verbrauchertäuschung. Tier- und Umweltschützer lehnen dieses Alibi-Label ab, zumal es auch noch freiwillig ist.

Eine Agrarwende kann nur gelingen, wenn wir eine gemeinsame Lösung für Landwirte und Verbraucher finden. Deshalb müssen die Agrarsubventionen besser verteilt und qualitativ hochwertiges Fleisch besser gekennzeichnet werden. Mit einem Siegel, dem die Verbraucher vertrauen, steigt der Verkauf von besseren Produkten rapide an.

Wer Fleisch einkauft, muss wissen, was auf den Teller kommt und unter welchen Bedingungen es produziert wurde. Die Konsumenten müssen detailliert darüber aufgeklärt werden, wie das Tier gehalten wurde, ob es Antibiotika bekommen hat und welche Tiernahrung verwendet wurde. Es ist allerhöchste Zeit für eine transparente Kennzeichnungspflicht aller Tierprodukte!

Bitte unterstützen Sie mich und helfen mit bei der Umsetzung der Kennzeichnungspflicht von allen Tierprodukten. Erforderlich ist ein allumfassendes Verbraucher-, Tier- und Umwelt-Label. In dieses verpflichtende Label müssen detaillierte Angaben einfließen über: Antibiotikabehandlung, Art der Tierhaltung und Tierfutter.

Die EU gibt rund 40 Prozent ihres Budgets für die Förderung der Landwirtschaft aus. Das sind sage und schreibe 60 Milliarden Euro pro Jahr. Eine Neuausrichtung der Agrarpolitik in Deutschland und Europa muss auf die Politikagenda. Die EU-Agrarsubventionen sollten zukünftig nur in nachhaltige Landwirtschaft fließen, d.h. nur den Landwirten zugutekommen, die ausschließlich gesunde Lebensmittel herstellen. Die Subventionierung umweltschädlicher und tierquälerischer Massenproduktionen muss dagegen beendet werden.

Infos unter: <https://agrarwende-jetzt.de>